Die Cholera-Gefahr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Vom 20. bis 21. September mittags sind im preußischen Staate 14 choleraverdächtige Erkrankungen, darunter 5 Bazillenträger und 3 Todesfälle an Cholera, amtlich neu gemeldet worden. Von den Neuerkrankungen kommen auf die Kreise Dirschau 1, Marienburg 3, Graudenz 3, (ein Arbeiter und zwei Kinder), Marienwerder 2 (ein Fischer und ein Mädchen), Niederbarnim 1 (Sohn eines Schiffsmaschinisten an der Woltersdorfer Schleuse), Züllichau-Schwiebus 2 (Bergmannskinder), Filehne 1 (Arbeiter), Gnesen 1. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 227 Erkrankungen, von denen 78 tödlich verliefen.

Rastenburg. Bei einem Kinde der am 15. ds. verstorbenen Frau Scheffler ist Cholera festgestellt worden. Die Familie Scheffler ist vorsichtshalber noch nicht aus der Cholerabaracke Korschen entlassen worden.

Kiew. (Priv.-Tel.). In Lipkany in Bessarabien ist die Cholera ausgebrochen.

Nordische Unionskrisis.

Karlstad. Heute nachmittag 5½ Uhr findet eine gemeinsame Sitzung der schwedischen und der norwegischen Delegierten statt.

Stockholm. (Priv.-Tel.) Die Beendigung der Konferenzen in Karlstad in günstigem Sinne wird heute erwartet.

Zur Erdbebenkatastrophe in Italien.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kronprinzessin hat das Protektorat des Deutschen Hilfskomitees für die in Italien durch das Erdbeben Geschädigten übernommen.

Rom. Der Papst hat durch ein Rundschreiben sämtliche Nuntien und apostolischen Delegierten zur Sammlung von Spenden für die durch das Erdbeben heimgesuchte Provinz Calabrien aufgefordert.

Nach dem Friedensschluß.

Wladiwostok. In der Hornilow-Bai fand am 16. d. M. eine Besprechung des russischen Admirals Jessen und des japanischen Admirals Schimamura statt, um die Bedingungen des Waffenstillstandes zur See auszuarbeiten. Das Geschwader Jessens bestand aus zwei Kreuzern und zwei Torpedobooten, das japanische Geschwader desgleichen. In der eingehenden Besprechung wurde die Demarkationslinie festgesetzt und die Ausschließung von Kriegskonterbande bestimmt.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Ueber die näheren Umstände der Flucht Feldmanns, eines der Rädelsführer auf dem „Potemkin" aus dem Gefängnis in Sebastopol verlautet: Zwei Genossen verkleideten sich als Gefängniswärter, gelangten zu Feldmanns Zelle und brachten ihm den Anzug eines Gefängniswärters. Alle drei verließen dann vollständig unbehelligt das Gefängnis. Sie ließen eine Wachsfigur an der Stelle Feldmanns zurück, und der Tausch wurde erst nach einigen Stunden bemerkt. — Im Provinzialgefängnis zu Orel kam es gestern zu Unruhen, die mit Waffengewalt unterdrückt wurden; ein Sträfling wurde getötet und fünf verletzt. — Der Edelmann Tachtschoglo, der seinerzeit auf den Pristaw Schischko ein Revolverattentat mit tödlichem Ausgange verübt hatte, ist vom Odessaer Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden. — In Balachany wurden die Naphthaquellen des Statthalters vom Kaukasus, Fürsten Woronzow-Daschkow durch Brandstiftung vernichtet. Ueberfälle der Eisenbahnzüge durch Tataren sind an der Tagesordnung. In den letzten drei Tagen wurden 30 Armenier auf der Reise ermordet. In Schucha, das vom Verkehr durch Tatarenbanden abgeschnitten ist, herrscht Hungersnot.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der Ministerrat beschloß, die der hiesigen Universität verliehene Autonomie auch auf die übrigen Hochschulen Rußlands auszudehnen. Ebenso wurde beschlossen, die Versammlungsfreiheit insoweit zu gewähren, daß politische Versammlungen abgehalten werden dürfen, wenn innerhalb dreier Tage nach erfolgter Anzeige und Mitteilung des Programms kein Verbot erfolgt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Handelsminister Möller ist vom Urlaub zurückgekehrt und sofort interviewt worden. Er sagte: Was die Frage eines eventuellen Beitritts des preußischen Fiskus zum Kohlensyndikat betrifft, so finden zur Zeit die ersten Pourparlers in der Angelegenheit statt. Daß bei diesem Stadium der Sachlage von der Erzielung eines Ergebnisses überhaupt noch nicht die Rede sein kann, ist wohl selbstverständlich. Dasselbe gilt von der Frage, ob und in welchem Umfange sich der Fiskus am Felderbesitze der internationalen Bohrgesellschaft beteiligen soll. Bekanntlich war dem Fiskus eine Beteiligung von 10 Prozent angeboten, und es schien nicht ausgeschlossen, daß ihm eine höhere Quote eingeräumt werden würde. Mit dieser Frage hat sich der Minister als solcher überhaupt noch nicht beschäftigt, es fanden vielmehr erst heute unverbindliche Besprechungen von Räten des Handelsministeriums mit einem Vertreter der internationalen Bohrgesellschaft statt, die erst eine Klärung der Sachlage schaffen sollen. Von der Festsetzung einer Beteiligungsziffer des Staates kann also ebenfalls noch keine Rede sein. In der Hibernia-Frage ist kein neues Stadium zu verzeichnen. Daß allerdings ein Friedensbedürfnis vorliegt, ist unbestritten. Das Gerücht von meinem Rücktritt ist nichts als ein müssiges Geschwätz. Es gab niemals eine Zeit, in der es mir ferner gelegen hat, vom Amte zurückzutreten, als wie es die jetzige ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Militärschriftsteller, frühere Oberst Gädke veröffentlicht jetzt die von ihm am 22. April d. J. an den Kaiser gerichtete Eingabe mit der Bitte, ihm den Titel „Oberst" zu belassen, weil er sonst in den Augen der Welt in die Gemeinschaft von Leuten geraten könnte, die persönlich-ehrenrührige Handlungen begangen haben. Wie Gädke ferner mitteilt, hat er erst nach einer Rückfrage beim Militärkabinett seitens des Generalkommandos des 3. Armeekorps im Januar 1905 die Antwort erhalten, die bereits im Juni 1904 an den Feldstab des zweiten Mandschurei-Heeres gesendet, aber ihm nie aufgegeben worden sein soll, daß jenes Generalkommando sein Gesuch nicht zu befürworten vermöge. Die Eingabe sei demnach nie in die Hände des Kaisers gelangt und somit der letzte Versuch, die Angelegenheit in der Stille und ohne Aufwerfung der Rechtsfrage zu ordnen, durch Schuld der Heeresverwaltung gescheitert.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die durch mehrere Blätter gegangene Nachricht, die preußische Staatsregierung plane zum Zwecke der Beseitigung des Lehrermangels abgekürzte Seminarkurse zur Ausbildung von Lehrern einzurichten, die vornehmlich zur Besetzung von Stellen auf dem flachen Lande bestimmt sein sollen, und einige Seminare zu gründen, in denen nur Landlehrer ausgebildet würden, wird als in allen ihren Teilen erfunden erklärt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gegen den verschwundenen Rechtsanwalt Ludwig Tofina, bisher am Landgericht I Berlin zugelassen, der des Betrugs, der Unterschlagung und der Untreue angeklagt ist, hat die hiesige Staatsanwaltschaft einen Steckbrief erlassen. — Aus Kiautschou ist jetzt der frühere Filialleiter der Fortuna russisch-chinesischen Bank, Otto Huber, der im vergangenen Jahre wegen Unterschlagung von 45 000 Mk. vom Konsulargerichte in Tientsin zu insgesamt 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, nach Deutschland überführt worden. Huber verbüßt einen Teil seiner Strafe in der Festung Gangka.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Der Physiker und Chemiker Prof. Ostwald ist heute zur Abhaltung der vom Kaiser angeregten Austauschvorlesungen nach Cambridge abgereist.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Beim Brande eines Hauses im benachbarten Volksdorf kamen zwei Kinder in den Flammen um.

Jena. (Priv.-Tel.) Bei dem sozialdemokratischen Parteitag beantragte Bebel folgende Resolution über den Generalausstand: „Der Parteitag erklärt, daß namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse sei, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren, oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung."

Jena. (Priv.-Tel.) Beim sozialdemokratischen Parteitag ist folgender Antrag eingegangen: „Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft bei Reichstags-, Landtags-, Stadtverordneten- und Gemeindewahlen Kompromisse mit anderen Parteien zur Erhaltung von Mandaten in den oben genannten Körperschaften nicht mehr geschlossen werden dürfen, da die Erfahrung gezeigt hat, daß trotz allen Kompromissen die bürgerlichen Parteien in dem entscheidenden Momente immer für die reaktionären Anschläge und Feinde der Sozialdemokratie sich entschieden haben."

Hannover. (Priv.-Tel.) Die Garantie-Verpflichtung der Stadt Hannover für den Rhein—Hannover-Kanal stellt sich auf 1 Million Mark und der voraussichtliche wirkliche Zuschuß ist auf die gleiche Summe veranschlagt worden. Ohne Berücksichtigung der Einnahmen aus dem Schleppmonopol würde der Zuschuß der Provinz sich eventuell auf 1½ Mill. Mk. stellen.

Solingen. (Priv.-Tel.) Falls die Arbeiter durch Zurücknahme der Kündigung bei der Firma Rauh die bestehenden Differenzen bis zum 29. September nicht beigelegt haben, wollen die Fabrikanten sämtliche Mitglieder des Metallarbeiterverbandes aussperren.

Frankfurt a. M. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Konstantinopel von gestern: Die Polizei hat auch heute wieder in einem armenischen Quartier viele Bomben gefunden und mit Beschlag belegt.

Stuttgart. In Gültstein bei Herrenberg sind infolge Genusses schlechter Wurst etwa 50 Personen, zum Teil schwer, erkrankt. Bei einigen traten Lähmungs-Erscheinungen ein.

Breslau. Auf der Strecke Schweidnitz—Zobten—Breslau entgleiste gestern abend 9½ Uhr ein Personenzug hinter dem Zobten infolge Schienenbruchs. Die Maschine, ein Pack- und Postwagen stürzten vom Bahndamme hinab. Personen sind nicht verletzt worden. Die Verkehrsstörung dauerte nur kurze Zeit. Der Materialschaden ist noch nicht festgestellt worden, dürfte aber erheblich sein.

Liegnitz. (Priv.-Tel.) Auf der Chaussee von Zedlitz nach Lüben wurde der Müllermeister Strembel aus Zedlitz von einem Automobil überfahren und getötet.

Baden-Baden. Reichskanzler Fürst v. Bülow empfing heute mittag den früh aus Berlin hier eingetroffenen japanischen Gesandten, der später beim Reichskanzler das Mittagessen einnahm.

Paris. (Priv.-Tel.) Der sozialistische Landesrat erteilte dem Vorsitzenden des Pariser Stadtrats, Paul Brousse, und dem Stadtverordneten Turot eine Rüge, weil sie den König von Spanien im Stadthause empfangen und willkommen geheißen hatten. Brousse nimmt die Rüge nicht an und bestreitet dem Landesrat das Recht, sie zu erteilen.

La Bégude de Mazone. Präsident Loubet empfing heute vormittag den Präsidenten des russischen Ministerkomitees Witte, der mit ihm eine zweistündige Unterredung hatte und dann von ihm zum Frühstück geladen wurde. Um 11 Uhr vormittags begab sich Minister Witte nach Montelimar zurück, um von dort um 12¼ Uhr weiter zu reisen.

Mailand. (Priv.-Tel.) Ein Automobil, in dem sich die bekannte französische Schauspielerin Réjane befand, stieß gestern gegen einen Baum, wodurch das Automobil vollständig zertrümmert wurde. Die Künstlerin wurde nur unerheblich verletzt und konnte ihre Reise nach Berlin fortsetzen.

Haag. In der Debatte über die Adresse auf die Thronrede in der Ersten Kammer fragte der Rechtsliberale van Houten, warum Borgesius, der das neue Kabinett gebildet habe, darin keinen Posten übernommen habe. Er halte das nicht für verfassungsmäßig. Der Finanzminister und Präsident des Ministerrates de Meester erwiderte darauf, das Kabinett wolle eine versöhnliche Politik verfolgen und Borgesius sei für die Erreichung dieses Zieles nicht der geeignete Mann, nachdem bei den von ihm geleiteten Wahlen ein erbitterter Kampf der Parteien stattgefunden habe. Außerdem sei in der Zweiten Kammer die Mehrheit der Linken nicht groß genug, um die Bildung eines ausgesprochenen Parteikabinetts zu rechtfertigen.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) In Anwesenheit von Vertretern des deutschen Konsulats durchsuchte die Polizei im deutschen Hotel Kroecker fünf armenische Diener, die schließlich verhaftet wurden.

Belgrad. Die Militärkommission zur Vornahme von Geschützproben ist heute nach Wien abgereist.

Tokio. In Sasebo sind starke Pumpmaschinen aus Port Arthur angekommen, die dazu verwendet werden sollen, die „Mikasa" wieder flott zu machen. Man hegt die Erwartung, daß dieses Unternehmen innerhalb dreier Monate zu Ende geführt werden kann.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 216,30. Diskonto 198,75. Dresdner Bank 167,8. Staatsbahn —,—. Lombarden 21,90. Laurahütte 273,50. Unger. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Fest.

Paris. (3 Uhr nachmittag.) Rente 99,75. Italiener 105,57½. Spanier 84,40. Neue Portugiesen 70,50. Türken (unific. Anleihe) 91,62½. Türkenlose 138,75. Ottomanbank 608,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Sehr fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Außer Sr. Majestät dem Könige werden Ihre Königl. Hoheiten Prinz Johann Georg und Prinzessin Mathilde am 26. d. M. der Feier der Grundsteinlegung zum neuen Rathause beiwohnen. Einladungen sind ergangen an die Herren Staatsminister, das diplomatische Korps, die Spitzen der Behörden, die Ehrenbürger der Stadt Dresden, Vertreter der Städte Leipzig und Chemnitz, die Geistlichkeit, Vertreter von Industrie und Handel usw., im ganzen 1200 Personen.

— Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und Prinz Christian besuchten gestern nachmittag mit dem Militärgouverneur Baron d'Byrn und dem Leutnant Freiherrn v. Humbracht die Fürstenschule in Meißen.

— Dem in den Ruhestand getretenen Hauptbuchhalter Heister in Leipzig wurde in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen bei der Filiale der Sächsischen Bank in Leipzig das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden verliehen.

— Dem Pastor Primarius Schmeißer in Zittau, der am 15. Oktober in den Ruhestand tritt, wurde Titel und Rang eines Kirchenrats verliehen.

— Vom 1. Oktober ist der erste Rat bei der Kreishauptmannschaft Dresden Geh. Regierungsrat Freiherr v. Teubern zum Vorsitzenden der Kommissionen für die Vorprüfung und Hauptprüfung der Nahrungsmittelchemiker in Dresden ernannt worden.

— Die gegen Herrn Stadtverordneten Restaurateur Angermann auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung hat keine strafbare Handlungsweise des Beschuldigten ergeben und daher zur Einstellung des Verfahrens geführt.

— Die Frage der Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß, wie bereits vor einiger Zeit an dieser Stelle angedeutet wurde, die bisher verhandelten Vorschläge endgültig gescheitert sind und nunmehr neue, auf die Initiative der bayrischen Regierung zurückzuführende Vorschläge auf einer weiteren, Anfang Oktober zu berufenden Konferenz in Beratung genommen werden sollen. Aus diesem Anlaß sei nochmals an den bisherigen Verlauf der Angelegenheit erinnert. Zum ersten Male erwähnte im Sommer 1903 der württembergische Minister v. Soden in der Zweiten Kammer der Landstände, daß zwischen Preußen und den übrigen Bundesregierungen mit eigenem Eisenbahnnetz Unterhandlungen wegen eines engeren Zusammenschlusses der Eisenbahnverwaltungen schwebten. Allmählich verdichteten sich dann die weiteren gelegentlichen Mitteilungen über die Sache zu der positiven Nachricht, daß eine Konferenz von Delegierten der beteiligten Regierungen nach Heidelberg einberufen sei, um über den Entwurf einer Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft zu verhandeln. Man nahm allgemein an, daß die Anregung dazu von Preußen ausgegangen sei, und war deshalb einigermaßen überrascht, aus einer anscheinend inspirierten Auslassung der „Köln. Ztg." zu vernehmen, daß dies nicht der Fall sei, sondern daß die süddeutschen Staaten ein entsprechendes Ersuchen an die preußische Regierung gestellt hätten. Auf der Heidelberger Konferenz, auf der Sachsen nicht mit vertreten war, kam es zunächst noch nicht zu der Ausarbeitung eines Entwurfes, sondern es wurde einstweilen nur eine Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die Gemeinschaft angebahnt werden solle. Eine weitere Konferenz, die von allen beteiligten Regierungen, einschließlich Sachsens, beschickt war, einigte sich sodann über die Grundzüge eines Entwurfes, über die folgende Angaben gemacht wurden: Die Spitze der Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft sollte das Eisenbahngemeinschaftsamt bilden. Diesem sollte das Verfügungsrecht über den gesamten Fuhrpark der deutschen Staatseisenbahnen zustehen. Nach großen, einheitlichen Gesichtspunkten, so wurde offiziös ausgeführt, werde es unter einer bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Berechnung und Bestimmung des allerorts vorliegenden Bedürfnisses Lokomotiven, Personen- und Güterwagen hin- und herschieben. Unbekümmert um die Landesabzeichen, die sie tragen, würden die Wagen und Lokomotiven auf den Deutschland durchziehenden Schienensträngen hin- und herlaufen; unnützes Umfahren und Leerfahren, Verladungen, Wagenmangel würden dadurch beseitigt. Als zweite Hauptausgabe des Gemeinschaftsamtes wurde die Beschaffung der Betriebsmittel für alle deutschen Eisenbahnen bezeichnet. Der einzelne Staat sollte danach seinen ganzen Bedarf an rollendem Material anmelden und das Gemeinschaftsamt die Beschaffung und Ueberweisung der beschafften Wagen und Lokomotiven an den betreffenden Bundesstaat. Die dritte Hauptaufgabe des Gemeinschaftsamtes war nach der offiziösen Darlegung der finanzielle Ausgleich der bei den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen für Rechnung der Betriebsmittelgemeinschaft gemachten und vorläufig am Orte der Entstehung verbuchten und verrechneten Einnahmen und Ausgaben. Es verlautete später, daß namentlich der letztgedachte Punkt bei der praktischen Ausarbeitung erhebliche technische Schwierigkeiten verursachte. In erster Linie aber dürften wohl die politischen Bedenken gegen das Projekt den Ausschlag dafür gegeben haben, daß die von den Kommissaren vereinbarten Abmachungen schließlich doch nicht die ungeteilte Zustimmung der Regierungen fanden. Diese politischen Bedenken, die namentlich auch in Sachsen sehr stark hervortraten, gipfeln in der Besorgnis, daß die Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft nur das Vorspiel zu der völligen Betriebsgemeinschaft darstelle und deshalb als der erste Schritt zur Preisgabe der einzelstaatlichen Eisenbahnbetriebshoheit zu betrachten sei. Nach einer früheren offiziösen Andeutung zu schließen, wünscht insbesondere Bayern die Frage der Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft nicht für sich allein, sondern nur im Zusammenhange mit der Personentarifreform zu lösen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes wäre es jedenfalls sehr wünschenswert, daß die Oeffentlichkeit bald etwas Näheres über die neuen bayrischen Vorschläge erführe. Daß die öffentliche Meinung in Sachsen auch die weitere Entwicklung der Angelegenheit ebenso wie bisher unter dem Gesichtswinkel der ungeschmälerten Aufrechterhaltung der Landeseisenbahnhoheit betrachten wird, steht außer Zweifel.

— In Anbetracht der bevorstehenden Entlassung der Reservisten dürfte es von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, daß das Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der Kaiserlichen Marine (E. G. m. b. H.) in Wilhelmshaven einen Arbeitsnachweis eingerichtet hat und mit den Geschäftsstellen der Sachsen-Stiftung in dauernde Verbindung getreten ist, um den zur Entlassung kommenden Unteroffizieren und Mannschaften der Kaiserlichen Marine das Suchen nach geeigneten Stellen zu erleichtern. Die Organisation ist in der Weise getroffen, daß am 3. eines jeden Monats sämtliche Marineteile und Marinestationen der Nordsee dem Seemannshause eine Nachweisung einreichen, aus der die Anzahl und der Beruf der am nächsten Ersten zur Entlassung gelangenden Mannschaften zu ersehen ist. Eine hieraus zusammengestellte Generalnachweisung geht den verschiedenen Arbeitsnachweisen, mit denen das Seemannshaus in Verbindung steht, am 4. eines jeden Monats zu. Die Sachsen-Stiftung ihrerseits schickt dem Seemannshause regelmäßig ein Verzeichnis der bei ihr angebotenen Stellen, welches dort ausgehangen wird. Hat ein Mann die Absicht, sich in irgend einer Stadt um eine Stelle zu bewerben, so erhält er vom Seemannshause eine entsprechende Bescheinigung, unter deren Vorlage er sich persönlich oder schriftlich an die Geschäftsstellen der Sachsen-Stiftung wenden kann. Bei dieser Gelegenheit werden die Behörden und Arbeitgeber auf die Vermittlungstätigkeit der Sachsen-Stiftung aufs neue aufmerksam gemacht, durch die sie jederzeit und völlig kostenlos zu tüchtigen, an militärische Zucht und Ordnung gewöhnten Arbeitskräften gelangen können. Von allen Truppenteilen und für die verschiedensten Erwerbsgebiete melden sich Unteroffiziere und Mannschaften bei den Geschäftsstellen der Sachsen-Stiftung, doch ist das Stellenangebot nicht genügend, um die Wünsche der zahlreichen Arbeitsuchenden sämtlich zu befriedigen. Daher richtet die Stiftung die Bitte an die Arbeitgeber, ihre Stellen, welche Ende September oder Anfang Oktober frei werden, möglichst bald zur Besetzung anzuzeigen. Geschäftsstellen befinden sich an jedem Sitze einer Amtshauptmannschaft und in allen Garnisonen, die „Zentrale der Sachsen-Stiftung", Dresden-Löbtau, Bünaustraße 34, 2. Etage. Als Adresse genügt: „An die Sachsen-Stiftung zu ...." Geschäftsstelle für Dresden: Borngasse 1.

— Der Verband deutscher Teigwaren-Fabrikanten, e. V., welchem etwa 90 Fabriken aus allen Gegenden Deutschlands und damit wohl auch etwa 90 Prozent der Gesamterzeugung Deutschlands angehören, hielt am Montag in Dresden seine Jahresversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht und wurde dadurch besonders interessant, daß auf besondere Einladung der „Verein öffentlicher Chemiker Deutschlands" und die „Vereinigung öffentlicher Analytiker Sachsens", sowie die staatlichen und städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsstellen Dresdens und einiger sächsischer Amtshauptmannschaften Vertreter in die Versammlung entsendet hatten. Ueber die Frage, unter welchen Bedingungen eine eierenthaltende Teigware als „Eierteigware" bezeichnet werden könne, entspann sich ein lebhafter Meinungsaustausch, in welchem Herr Syndikus Schloßmacher aus Frankfurt a. M. den Nahrungsmittel-Chemikern das Recht bestritt, in dieser Hinsicht Grundsätze zur allgemeinen Darnachachtung aufzustellen. Der Beschluß der „Freien Vereinigung Deutscher Nahrungsmittelchemiker", daß mindestens zwei Eier auf ein Pfund Mehl gefordert werden müßten, habe eine große Rechtsverwirrung herbeigeführt, indem Nahrungsmittel-Aufsichtsbehörden und auch einzelne Staatsanwaltschaften diese jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Forderung zur Richtschnur für die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Teigwaren gemacht hätten. Infolgedessen sei wegen der verschiedenen Stellungnahme der Behörden in Deutschland zu dieser Forderung ungleiches Recht entstanden und die Sachlage eine solche geworden, daß beispielsweise ein Fabrikant, welcher anerkannt nur Waren aus bestem Grießrohmaterial herstelle, die auch bei weniger Eigehalt nährkräftiger und wohlschmeckender seien, als eine Ware aus minderem Weizen-Rohmaterial mit dem drei- und vierfachen Eigehalt, in kurzer Zeit 15 Strafverfolgungen über sich ergehen lassen mußte. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, an den Herrn Reichskanzler erneut die Bitte zu richten, eine maßgebende Erklärung von berufener Stelle der Reichsverwaltung zu veranlassen, um der bestehenden Rechtsverwirrung ein Ende zu machen. Der Verbandschemiker, Herr Dr. Popp aus Frankfurt a. M., machte interessante Mitteilungen über Untersuchungen von Rohmaterialien, welche fortgesetzt ganz außerordentliche Schwankungen der Wertverhältnisse in physiologischer Hinsicht ergäben. Gegen eine Bemerkung im Jahresbericht der Handelskammer Frankfurt a. M., daß bei der Fabrikation von Teigwaren Farbzusatz verwendet werde, um den Anschein zu erwecken, daß Eigelb in der Ware enthalten sei, wurde berechtigter Widerspruch erhoben, da bekanntlich das Färben von Teigwaren im In- und Auslande ein alter Brauch ist, welcher bereits, um der Ware bei dem verschiedenen Ausfalle der Rohmaterialien ein gleichmäßiges Aussehen zu sichern, stattfand, als noch keine Eier verwendet wurden und auch heute noch bei den in großen Mengen aus Italien nach Deutschland eingeführten Teigwaren angewendet ist, trotzdem in Italien Eierzusatz nicht üblich ist. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Handelskammer Frankfurt a. M. zu einem solchen, die Interessen der Teigwarenindustrie schädigenden Urteil um so weniger berechtigt gewesen sei, als gerade der Verband aus freien Stücken für seine Mitglieder hinsichtlich des Farbzusatzes den Bezeichnungszwang eingeführt habe. Hinsichtlich der Zollfrage wurde mitgeteilt, daß alle Aussicht auf eine demnächstige Beseitigung der Unstimmigkeit des Zolltarifs, daß für das Rohmaterial ein höherer Zollschutz als für das Fabrikat vorgesehen sei, sowie auf Gewährung einer Rückvergütung des Rohwarenzolles bei der Ausfuhr von Teigwaren vorhanden sei. Gegenüber den Kartellbestrebungen von Rohstofflieferanten wurde die Organisation eines gemeinsamen Einkaufes in Anregung gebracht, und der Vorstand beauftragt, im Kreise der Mitglieder entsprechende Ermittlungen zu veranstalten und demnächst dem Verband bestimmte Vorschläge zu machen. Schließlich berichtete noch Herr Schloßmacher über die Erfahrungen einiger Verbandsmitglieder und